Yvonne Magwas
VIZEPRÄSIDENTIN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

CDU

NOVEMBER 2022

# Berlin-Brief

## NEUES AUS BERLIN UND DEM VOGTLAND

INHALTE DIESER AUSGABE:


- Schwere Versäumnisse bei der Energiekrise
- Austausch mit dem THW
- Parlamentarischer Abend zum Zukunftszentrum Plauen-Leipzig
- Speicherung von IP-Adressen notwendig
- Bürgergeld setzt falsche Anreize
- Union will Sprach-Kitas retten
- Hebammen weiterhin im Pflegebudget berücksichtigen
- REACH wird verschoben
- Union für verpflichtendes Gesellschaftsjahr
- Yvonne Magwas besucht Unternehmen
- 72 Mio. Euro KfW-Mittel fürs Vogtland
- Demo gegen Rechts
- SED-Opferbeauftragte in Plauen
- „Schau auf Demokratie“
- Vier-Länder-Marsch
- Diskussionsrunde in Rodewischer Gymnasium
- Facebook/Termine
- Bürgersprechstunde



**Yvonne Magwas MdB**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
**Telefon:** 030 227-75637 · **Fax:** 030 227-76639
**E-Mail:** yvonne.magwas@bundestag.de


www.magwas.de

Foto: Tobias Koch

EDITORIAL

# Liebe Vogtländerinnen und Vogtländer,

die Welt und unser Land sind leider weiter im Krisenmodus, um das Bild meines letzten Berlin-Briefes im Sommer aufzunehmen. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine dauert seit Februar an, die Folgen verschlimmern sich teilweise noch. Allen voran die Knappheit und Verteuerung bei vielen Arten von Energieträgern, weil jetzt ja die dunkle kalte Jahreszeit anbricht.

Bevor ich dazu komme, will ich allerdings in der Ukraine bleiben. Putin hat über die fast 44 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer Tod, Vergewaltigung, schlimmste Kriegsverbrechen aller Art, Flucht und Hunger gebracht. Die Ukraine ist das Schlachtfeld - Wohnhäuser, Städte und Dörfer, Kindergärten und Krankenhäuser. Nicht Russland, nicht Europa. Das Leid der Ukrainerinnen und Ukrainer ist unermesslich. Das sollten wir uns regelmäßig vergegenwärtigen! Wenn Russland seinen Angriffskrieg stoppen würde, wären all das Leid und alle Folgen des Krieges sofort beendet. Wenn die Ukraine die Waffen niederlegen würde, gäbe es keine freie demokratische Ukraine mehr. Völlig klar, dass das für die Menschen in der Ukraine keine Option ist! Sie wollen ja eben nicht in russischer Diktatur leben. Selbstverständlich wollen sie Frieden - aber Frieden in Freiheit!

Und weil das alles mitten in Europa passiert, ist es auch unsere Pflicht und Schuldigkeit als in Frieden und Freiheit lebende Deutsche die tapferen Ukrainerinnen und Ukrainer zu unterstützen. Humanitär. Beim Wiederaufbau. Und militärisch. Wer daran rüttelt, ist charakterlos.

Der Kriegsverlauf hat sich inzwischen gewendet. Die Ukraine ist nun in der Vorhand, gewinnt in allen Regionen Boden, befreit ihr Land. Mit Cherson im Süden ist die einzige eroberte Provinzhauptstadt kurz vor dem Fall. Deshalb musste Putin nach der „Spezialoperation“ mobilmachen. Der von ihm entfesselte Krieg ist so in Russland angekommen. Enkelkinder, Kinder und Brüder werden schlecht ausgerüstet und ausgebildet als Kanonenfutter an die Front geworfen. Furchtbar. Und trotzdem gefährlich für die Ukraine, der es vor allem an Kampfpanzern und gepanzerten Mannschaftstransportern mangelt. Nach wie vor ist die Haltung der SPD bei Waffenlieferungen zu zögerlich.

Putin hat zudem wieder stärker die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur in den Fokus seiner Angriffe genommen. Ständige Luft-, Drohnen- und Raketenangriffe töten und zerstören. Terror! Was für ein verdorbener Mensch! Unendlich viel Leid. Angst und Sorge vor dem Winter, wenn Strom, Heizung oder schlicht ein Dach über dem Kopf nicht sicher sind. Schon einmal erlitten die Ukrainerinnen und Ukrainer mit dem Holodomor, Stalins Hungerfeldzug in den 1930ern, Schlimmes.

*Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite.* ›

## EDITORIAL

Auch in unserem Land und ganz Europa haben viele Menschen große Sorgen, wie sie die explodierenden Energiepreise stemmen sollen. Viele Unternehmen heben verzweifelt die Hände, insbesondere da, wo es energieintensiv ist. Dass die Ampel hier immer noch viel zu zögerlich handelt bzw. teilweise einfach überhaupt nicht handelt, ist ein großes Problem. Solche Krisen sind die Stunde der Regierung, die gestalten kann - aber eben auch muss! Wir sind ein starkes Land. Wir haben viele Jahre gut gewirtschaftet. Wir müssen uns gesellschaftlich solidarisch unterhaken, dann können wir auch diese Herausforderung meistern. Dazu gehört auch die Herausforderung der wieder steigenden Flüchtlingszahlen aus der Ukraine. Die Westukraine und Polen sind ungleich mehr betroffen als wir.

Als Union werden wir weiterhin konstruktive Vorschläge machen, wie es besser und schneller gehen könnte mit dem politischen Handeln in Deutschland. Im Deutschen Bundestag nutzen wir jede Sitzungswoche für Anträge und Abstimmungen. Auf den nachfolgenden Seiten können Sie dies detailliert nachlesen. Regelmäßig nimmt die Ampel, die ja die Mehrheit hat, unsere Vorschläge letztlich auf.

Was mich ärgert, ist, dass das „Forum für Demokratie und Freiheit“ in Plauen Demonstrationen veranstaltet, auf denen menschenverachtende Reden gehalten werden. Neuer trauriger Höhepunkt war der vergangene Sonntag. Pure Hetze. Und viel zu viele gehen hin, statt dagegen zu sein. Am 2./3. Oktober erlebten wir die grausigen Demos von „III. Weg“ und „Freien Sachsen“. Extremistische Feinde der Demokratie. Der Firnis der Demokratie ist dünn. Wieder einmal. Ich danke allen, die für die Demokratie eintreten, für Menschlichkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Plauen und Leipzig haben sich als Tandem für das geplante Zentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation beworben. Eine starke Bewerbung. Ich freue mich, dass es sie gibt und ziehe mit daran, dass sie erfolgreich ist. Es wäre für unser Land und unsere Region eine gute Entscheidung.

NEUES AUS BERLIN

# Menschen brauchen klare Perspektiven: Schwere Versäumnisse der Ampel-Regierung bei der Energiekrise

**Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen brauchen spürbare Entlastungen bei den hohen Energiekosten. Die Ampel-Regierung schwieg lange zur konkreten Ausgestaltung der Energiepreisbremse, die Union machte Vorschläge.**

Die von der Regierung beauftragte Gaskommission hat Empfehlungen zur Dämpfung des Preisanstieges bei den Energiekosten vorgelegt. Danach sollen Gas- und Fernwärmekunden im Dezember mit einer Einmalzahlung entlastet werden. Ab März soll dann ein Preisdeckel für den Grundverbrauch an Gas und Fernwärme greifen. Angestrebt wird diese mit Rückwirkung zum 1. Februar 2023. Damit hat die Gaskommission zahlreiche Vorschläge der Union aufgegriffen.

## Ampel vertrödelt Zeit bei der Umsetzung

Kanzler Olaf Scholz hat nun endlich Anfang November diesen Vorschlägen zugestimmt. „Wir brauchen aber jetzt spürbare Entlastungen für die Menschen und die Unternehmen. Gaspreis- und Strompreisbremse müssen schnellstmöglich umgesetzt werden, damit sie bereits für diesen Winter Wirkung erzielen und nicht erst im Frühjahr“, so Yvonne Magwas. Zudem bleiben Zweifel, ob die Einmalzahlung im Dezember ausreiche, wenn die Gaspreisbremse erst im März greife und damit die gesamte Heizperiode unberücksichtigt bleibe. Leider hatte die Ampel-Koalition wertvolle Zeit vertrödelt, als sie im Sommer zu lange an der Vorstellung einer Gasumlage festhielt. Wertvolle Zeit, die nun fehlt. Mittlerweile ist ein Milliardenschaden bei der Wirtschaft entstanden, Insolvenzen und Produktionseinschränkungen sind die Folgen einer untätigen Bundesregierung. Zudem bleibe es völlig offen, wie jene privaten Haushalte entlastet werden sollen, die mit Öl oder Pellets heizen. „Hier müssen Lösungsvorschläge her. Menschen und Unternehmen brauchen eine konkrete Perspektive!“, so Yvonne Magwas.
Auch die angekündigte Strompreisbremse zu Anfang nächsten Jahres ist laut Stromversorgern nicht zu schaffen. Eine weitere bittere Konsequenz der schweren Versäumnisse der Ampel-Regierung.

> **YVONNE MAGWAS:**
>
> *„Gaspreis- und Strompreisbremse müssen schnellstmöglich umgesetzt werden, damit sie bereits für diesen Winter Wirkung erzielen und nicht erst im Frühjahr.“*

## Keine solide Finanzierung der Ampel

Auch bei der Finanzierung arbeitet die Bundesregierung unsolide, sendet falsche Signale nach Brüssel, indem sie Schattenhaushalte bildet. Für die im reaktivierten Wirtschaftsstabilisierungsfonds hinterlegten 200 Milliarden Euro fehlte bei Beschluss jegliches konkretes Konzept. Die Ampel setzt wiederholt die Schuldenbremse des Grundgesetzes außer Kraft. Auch der Bundesrechnungshof hat diese Finanzierung zum Teil als verfassungswidrig eingestuft. Die Union hat daher diesem „Blankoscheck“ in Höhe von 200 Mrd. Euro im Deutschen Bundestag nicht zugestimmt.

## Union macht Verbesserungsvorschläge

Aufgrund der schlechten Regierungspolitik hat die Union eigene Lösungen ins Plenum eingebracht. In ihrem Entschließungsantrag fordert sie u.a., dass auf eine gesonderte Kreditermächtigung im Wirtschaftsstabilisierungsfonds verzichtet wird. Die notwendigen Mittel müssen über die Bundeshaushalte 2022 sowie 2023 und ggf. 2024 zugeführt werden. Außerdem soll ein konkreter und verbindlicher Tilgungsplan der Schulden aufgestellt werden. Zudem muss die Gaspreis- und Strompreisbremse schneller kommen.

Ein großer Kritikpunkt der Union ist zudem, dass die Koalition die Laufzeiten der drei noch arbeitenden Kernkraftwerke in Deutschland nicht bis 2024 verlängert hat, um so das Stromangebot zu erhöhen. In der Europäischen Union wird die Ampel-Politik ebenfalls kritisch gesehen. „Die Koalition und hier vor allem die Grünen müssen endlich das Wohl der Bürger und Unternehmen vor Ideologie stellen“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS BERLIN

# Zu spät und nicht weitreichend genug: Scholz entscheidet vorläufigen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke

**Die Energiekrise befeuert seit Monaten den schwelenden Streit über eine Laufzeitverlängerung für die letzten drei Atomkraftwerke. Kanzler Scholz entschied nach langem Zögern in dieser Frage.**

YVONNE MAGWAS:

*„Wir brauchen den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke bis 2024.“*

Angesichts der explodierenden Energiepreise und der unsicheren Versorgungslage ist nach Meinung der Union und vieler Experten ein befristeter Weiterbetrieb der Atomkraftwerke in Deutschland geboten. Nun hat Bundeskanzler Scholz nach langwierigen internen Diskussionen der Ampel den vorläufigen Weiterbetrieb der drei verbleibenden Atomkraftwerke bis April 2023 beschlossen. Eine Entscheidung, die zu kurz greift.

## Atomgesetz muss schnell geändert werden

Schon im Sommer hatte die Union einen Gesetzentwurf vorgelegt, nachdem die Atomkraftwerke bis Ende 2024 laufen könnten. Denn im übernächsten Winter dürfte die Situation noch kritisch sein. Mit dem Atomstrom könnten zehn Millionen Haushalte zuverlässig versorgt werden. Deshalb wäre die Anschaffung neuer Brennstäbe eine hilfreiche Unterstützung bei dem Weg aus der Energiekrise. Eine Ausweitung des Stromangebots und der Stromproduktion sind erforderlich. Ebenso braucht es einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. „Es ist wichtig, dass die Ampel nun schnell das Atomgesetz als Grundlage für den Weiterbetrieb der Kraftwerke ändert“, so Yvonne Magwas.

# Bundestagsabgeordnete informieren sich beim THW über Katastrophenvorbeugung

**Zum „Internationalen Tag der Katastrophenvorbeugung“ gab es im Bundestag eine Gesprächsrunde zwischen Vertretern des Technischen Hilfswerkes (THW) und Bundestagsabgeordneten.**

*Im Gespräch: Yvonne Magwas mit dem Landesbeauftragten Dr. von Marcus Salisch und dem Landessprecher für Sachsen und Thüringen Andreas Heinrich vom THW sowie ihrer sächsischen Kollegin Dr. Christiane Schenderlein*

Die letzten Jahre haben eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierender und hinreichend ausgestatteter Zivil- und Katastrophenschutz ist: In der Flüchtlingskrise, während der Corona-Pandemie, dem Hochwasser im Ahrtal und den Waldbränden in Sachsen diesen Sommer. Ein Austausch zwischen Verband und Politik, wie der im Bundestag, ist daher von großer Bedeutung.

## Zahl der Freiwilligen steigt

Themen der Gesprächsrunde waren u.a. eine Verstetigung der Einsatzmittel im Bundeshaushalt und der gestiegene Ausbildungsbedarf, der weitere Kapazitäten und Schulungsmöglichkeiten erfordert. Erfreulicherweise ist die Zahl der Freiwilligen, die sich beim THW engagieren, gestiegen. Das muss Politik entsprechend unterstützen. „Danke für den konstruktiven Austausch und vor allem für den Einsatz - größtenteils im Ehrenamt! Als Wahlkreisabgeordnete kann ich mich glücklich schätzen, dass wir im Vogtland mit dem THW Reichenbach und dem THW Plauen gut aufgestellt sind“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS BERLIN

# Trommeln für die Bewerbung um das Zukunftszentrum: Parlamentarischer Abend in Berlin

**Für dieses Tandem kann man nicht genug Werbung machen! Plauen und Leipzig bewerben sich gemeinsam um das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“, das bis 2028 in Ostdeutschland entstehen soll.**

Am 19. Oktober stellten Plauen und Leipzig über 150 Gästen in der Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund ihre Bewerbung für das zu bauende „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ vor. Faszinierende Persönlichkeiten wie die Zeitzeugen von 1989, Siegbert Schefke und Detlev Braun, und die OBs von Leipzig, Burkhard Jung, und Plauen, Steffen Zenner, warben für das sächsische Tandem. Yvonne Magwas moderierte die beeindruckende Präsentation. „Das hat mir sehr viel Freude gemacht. Wo ich kann, unterstütze ich die beiden Städte, denn Plauen und Leipzig haben starke Argumente auf ihrer Seite “, so Yvonne Magwas.

*Zahlreiche Akteure aus Leipzig und dem Vogtland rührten die Werbetrommel für den Standort Plauen-Leipzig*

## Bewerbung von Bürgerschaft getragen

Bürgerinnen und Bürger aus Plauen und Leipzig haben einen gemeinsamen Aufruf für die Bewerbung erarbeitet, aus Plauen u. a. der verdienstvolle Verein Vogtland 89 e. V. Das zeigt, in wie starkem Maße diese Kandidatur von der Bürgerschaft getragen wird. Yvonne Magwas hatte gemeinsam mit ihrem Leipziger Bundestagskollegen Jens Lehmann dieses Plädoyer für Plauen und Leipzig an alle Bundestagsabgeordneten versandt. „Denn, auch wenn nicht der Bundestag die Standortentscheidung trifft, gilt es, auch das politische Umfeld für das sächsische Tandem einzunehmen“, so Yvonne Magwas. Die Standortentscheidung

*150 Gäste waren zum Parlamentarischen Abend in die Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund gekommen*

trifft die Bundesregierung auf Empfehlung einer 15-köpfigen unabhängigen Jury bis Anfang nächsten Jahres. Daher müsse jetzt die Devise sein, auf allen Kanälen die Werbetrommel für das sächsische Kandidatenduo zu rühren.

## Starke Argumente für Plauen-Leipzig

In einer öffentlichen Anhörung des Bundestags-Kulturausschusses am 17. Oktober haben Yvonne Magwas und ihre Kollegen mit Experten herausgearbeitet, welche Kriterien der Standort des künftigen Zukunftszentrums erfüllen muss. Für das sächsische Tandem sprechen demnach starke Argumente:

- Beide sind authentische Ereignisorte der Friedlichen Revolution 1989. Die hier am 7. und 9. Oktober 1989 stattgefundenen Demonstrationen bedeuteten den Anfang vom Ende der DDR.
- Beide verkörpern beispielhaft die Transformationsentwicklungen in Stadt und Land seit 1989/90.
- Beide machen die europäisch-globale Perspektive für die Arbeit des Zentrums auf.
- Die Bewerbung ist dynamisch und mobil: Von Plauen und Leipzig fährt der Zukunftszug direkt zu den Menschen.

„Ich bin der Meinung: Diese Trümpfe haben die sechs Mitbewerber um das Zukunftszentrum: Jena, Mühlhausen, Sonneberg, Eisenach, Halle und Frankfurt/Oder, so nicht zu bieten. Daher rufe ich alle Vogtländerinnen und Vogtländer auf mitzuhelfen, das Zukunftszentrum nach Plauen und Leipzig zu holen!“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS BERLIN

# Mehr Mitwirkungspflicht erforderlich: Bürgergeld setzt falsche Anreize für Arbeitsmarkt!

**Mit dem Bürgergeld-Gesetz geht die Ampel-Regierung einen nächsten Schritt hin zur schleichenden Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Union will hingegen das Prinzip „Fördern und Fordern" erhalten.**

Diese Woche beschließen die Ampel-Koalitionen im Deutschen Bundestag das Bürgergeld. Das Gesetz sieht eine Umwandlung der derzeitigen Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II - umgangssprachlich Hartz IV - in ein Bürgergeld ab dem 1. Januar 2023 vor. Laut Gesetz wird sich der Regelsatz um 53 Euro erhöhen. Zudem wird es in den ersten sechs Monaten der Arbeitslosigkeit keine Sanktionen mehr geben. Während der ersten zwei Jahre des Bürgergeldbezuges ist eine Karenzzeit für die zu übernehmenden Kosten der Unterkunft und Heizung geplant. Zudem soll für diesen Zeitraum ein Schonvermögen von 60.000 Euro pro Person möglich sein. Abgesehen von der Regelsatzerhöhung lehnt die Union das Vorhaben ab.

## Union fordert Erhöhung des Regelsatzes, sagt Nein zur Abschaffung von Sanktionen

„Angesichts der Inflationsentwicklung müssen die Regelsätze dringend zum 1. Januar 2023 angehoben werden", so Yvonne Magwas. Die Union hat deshalb einen Antrag eingebracht, der das Inkrafttreten der Erhöhung Anfang 2023 gewährleisten soll. Allerdings fordert die Union auch, dass alle sonstigen Vorhaben der Ampel zum Bürgergeld von dieser Erhöhung entkoppelt werden müssen. „Die von der Ampel angestrebten Änderungen setzen gerade in der aktuellen Arbeitsmarktsituation falsche Signale und Anreize. Sie sorgen für Unverständnis bei denen, die arbeiten gehen und die Sozialleistungen mit ihren Steuern finanzieren. Das Prinzip ‚Fördern und Fordern' ist ein wesentliches Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft. Dieses wird nun ad absurdum geführt. Ziel sollte es sein, die Betroffenen schnellstmöglich in Arbeit zu bringen. Eine sechsmonatige ‚Vertrauenszeit' ohne Mitwirkungspflicht ist dabei nicht hilfreich. Im Gegenteil! Damit wird die Integration in den ersten Arbeitsmarkt geschwächt. Darauf weisen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Nachdruck hin", so Yvonne Magwas. Leider ist bisher nicht ersichtlich, dass die Ampel auf die Vorschläge der Union eingehen wird.

YVONNE MAGWAS:

*„Schnelle Hilfe für Arbeitslose JA, aber NEIN zur Abschaffung von ‚Fördern und Fordern'."*

Das Thema Bürgergeld ist nach den Energiepreisen das Sorgenthema auch bei den kleinen und mittelständischen Betrieben im Vogtland. „Sie berichten mir von ihren Befürchtungen, dass einige ihrer Angestellten dadurch demotiviert und potentielle Arbeitskräfte nicht gewonnen werden können. Eine fatale Situation", so Yvonne Magwas.

## Union: In Arbeit bringen statt verwalten

Die Unions-Fraktion hat Gegenvorschläge ins Parlament eingebracht. Folgende Punkte sind dabei besonders wichtig:

1. Bessere Eingliederung in Arbeit durch „Fördern und Fordern": z. B. durch eine Verbesserung der Betreuung mit einheitlichem Ansprechpartner für die gesamte Familie und eine deutliche Verbesserung des Personalschlüssels in der Betreuung.

2. Konsequenz bei Leistungskürzungen: z. B. sollte bei hartnäckigen Verweigerungen ein vollständiger Leistungsentzug möglich sein.

3. Effizientere Strukturen durch Verwaltungsvereinfachung: Einführung einer pauschalen Bagatellgrenze von 5 Prozent des Regelsatzes pro Jahr, im Gegensatz zur Ampelregierung, die eine Grenze von 50 Euro pro Fall fordert.

4. Regelsätze, Leistungen, Vermögen: Das Schonvermögen sollte von der Zahl der Arbeitsjahre abhängig sein; Altersvorsorge und selbst genutzte Immobilien sollten dafür besser geschützt werden.

NEUES AUS BERLIN

# Speicherung von IP-Adressen als wichtiges Mittel im Kampf gegen Kindesmissbrauch endlich zulassen

**Die Union fordert eine IP-Adressspeicherung als digitales Beweismittel bei der Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch. Bundeskanzler Scholz muss jetzt schnell den Streit im Kabinett beenden und für eine rechtssichere Lösung sorgen.**

Um Kinderschänder aufzuspüren und Pädophilie-Ringe auffliegen zu lassen, sind IP-Adressen die wichtigsten - und oft die einzigen - digitalen Beweismittel. Ohne Speicherpflicht sind diese digitalen Beweise vielfach gelöscht und die IP-Adresse kann keiner konkreten Person mehr zugeordnet werden. In den vergangenen fünf Jahren war das bei mehr als 19.000 Hinweisen der Fall. „Dieser Zustand ist schwer zu ertragen. Kinderschutz muss endlich Vorrang vor Datenschutz haben“, sagt Yvonne Magwas.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Kinderschutz muss endlich Vorrang vor Datenschutz haben!“*

## Europäischer Gerichtshof gibt grünes Licht

Mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes ist nun klar: Eine befristete Speicherung von IP-Adressen zur besseren Aufklärung und Verfolgung von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen ist zulässig. Die Bundesregierung hat nun keine Ausrede mehr. Jahrelang haben sich SPD, Grüne und FDP hinter dem ausstehenden Urteil versteckt. Es ist nun dringend notwendig, dass Innenministerin Faeser und Justizminister Buschmann ihren Streit beenden und umgehend für eine praxistaugliche und rechtssichere Regelung zur Speicherung von IP-Adressen sorgen - zum Schutz unserer Jugendlichen und Kinder.
Die Union hat mit ihrem Antrag „IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen“ einen Vorschlag vorgelegt.

# 5 Mio. Euro zur Erforschung der Endometriose: Ampel gibt dem Druck der Union nach

**Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat eine neue Förderrichtlinie zur Unterleibserkrankung Endometriose beschlossen. Vorgesehen sind 5 Mio. Euro jährlich.**

Endometriose ist eine der häufigsten Unterleibserkrankungen bei Frauen. Sie betrifft Millionen von Frauen und bleibt meist jahrelang unerkannt. Die Krankheit ist schmerzhaft, chronisch und geht meist mit unerfülltem Kinderwunsch einher. Daher begrüßt die Union die neue Förderrichtlinie der Ampel mit jährlich 5 Mio. Euro Fördergeldern für Forschung. „Wenn auch spät, so ist es doch ein erster Schritt in die richtige Richtung“, so Yvonne Magwas. Die Ampel hatte ursprünglich angekündigt, keine Mittel für die Erforschung von Endometriose einzustellen. Auf Druck der Union, die dazu eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt sowie eine Fachveranstaltung durchgeführt hatte, hat die Ampel nun reagiert.

*Die Union will der Bekämpfung der Endometriose mehr Raum im politischen Diskurs geben. Mitte Oktober diskutierte die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Expertinnen und Experten im Deutschen Bundestag.*

„Zusätzlich braucht es in Zukunft aber auch mehr Aufklärung in der Gesellschaft, einen schnelleren Zugang zu Therapien und Ärzte mehr Zeit für Diagnose sowie Behandlung. Frauengesundheit muss im Allgemeinen stärker in den Fokus rücken“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS BERLIN

# Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist: Union will Sprach-Kitas retten

**Die Ampel-Regierung will das langjährig erfolgreiche Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ streichen. Die Union setzt sich für eine Weiterführung ein und nennt die Pläne der Ampel kurzsichtig und verantwortungslos.**

Entgegen gegensätzlich lautender Aussagen der Ampel wurde im Sommer das Ende des Erfolgsprogramms „Sprach-Kitas. Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ in 2022 verkündet. Dies führte zu großer Verunsicherung und Unverständnis bei den Trägern, Fachkräften, Ländern und Kommunen. Den durch das Programm zusätzlichen 7.500 Fachkräften in rund 6.900 Einrichtungen in Deutschland drohen Planungsunsicherheit und Jobverlust. Viele sind bereits gegangen. Die Leidtragenden sind die Kinder. „Der Rückwärtsgang bei frühkindlicher Sprachbildung bedeutet weniger Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe, insbesondere vor dem Hintergrund pandemiebedingter Lernrückstände, steigender Migration und allgemein wachsenden Defiziten bei Grundschülern. Das geht so nicht!“, betont Yvonne Magwas.

## Neue Ampel-Regelung ist Mogelpackung

Die Ampel argumentiert, dass das Programm in das neue „Gute-Kita-Gesetz II“ überführt werden soll. Doch damit werden Kitas, Fachkräfte und Eltern in die Irre geführt. Denn zum einen werden bundeseinheitliche Standards zerstört, zum anderen hat die Ampel

> **YVONNE MAGWAS:**
>
> *„Mit dem kurzfristigen Aus lässt die Ampel die Kinder und Familien, Fachkräfte sowie Einrichtungen im Stich.“*

das Fördervolumen nicht erhöht. Das Budget des neuen „Gute-Kita-Gesetz II“ entspricht dem alten „Gute-Kita-Gesetz“. Gestrichen wurden aber die Förderprogramme Sprach-Kitas, die Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher sowie das Programm Kita-Einstieg. Es stehen also tatsächlich mehrere hundert Millionen Euro weniger für die frühkindliche Bildung

zur Verfügung. „Das ist Augenwischerei und keine verantwortliche, transparente Politik“, kritisiert Yvonne Magwas. Auch 14 Einrichtungen im Vogtland sind betroffen. Die Union will die Sprach-Kitas unbedingt retten und hat einen Antrag zur Fortsetzung des Programms in den Bundestag eingebracht. Leider wurde dieser von den Ampel-Fraktionen abgelehnt.

## Union veranstaltet Kita-Gipfel

Die Union macht weiter Druck und veranstaltete im September einen Kita-Gipfel mit Verbänden und über 500 Betroffenen. Alle Teilnehmer sprachen sich für die Fortführung des Programms „Sprach-Kitas“ aus. Eine Übertragung auf die Länder sei keine Lösung, falls doch bräuchte es einen langen Vorlauf von mindestens ein bis zwei Jahren. Befürchtet wird zudem, dass durch den Förderstopp mühsam aufgebaute Strukturen zerfallen und Wissen verloren gehe. Es drohe ein Aderlass an pädagogischem Personal bei ohnehin angespannter Personalsituation. Gleiche Erkenntnisse brachte die Öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages im Oktober. Über 270.000 Menschen hatten ihre Unterschrift gegeben, damit die Ampel Rede und Antwort steht. Auch Kitas im Vogtland hatten sich bei der Aktion engagiert. „Die Sprach-Kitas legen einen wichtigen Grundstein für Bildung, Integration und Teilhabe bei unseren Kleinsten. Die Ampel muss hier schnell umdenken“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS BERLIN

# Streichung rückgängig machen: Hebammen müssen auch weiterhin im Pflegebudget berücksichtigt werden

**Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz der Ampel-Regierung sieht vor, dass ab 2025 Hebammen nicht mehr im Pflegebudget berücksichtig werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich für eine Rücknahme der Streichung ein.**

Am 20. Oktober 2022 wurde von der Ampel-Regierung das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz verabschiedet. Dieses sieht vor, dass ab 2025 nur noch qualifizierte Pflegekräfte, die in der unmittelbaren Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen eingesetzt werden, im Pflegebudget berücksichtigt werden. Besonders hart sind die Folgen für die Geburtshilfe: Hebammen und Entbindungspfleger werden nicht mehr finanziert. „Ein Unding! Die Betreuung von Schwangeren, Gebärenden und Wöchnerinnen durch eine Hebamme ist unersetzbar. Das kann nicht vom allgemeinen Pflegepersonal übernommen werden“, so Yvonne Magwas.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Die Betreuung von Schwangeren, Gebärenden und Wöchnerinnen durch eine Hebamme ist unersetzbar!“*

## Betroffene starten Petition

Kritik hagelt es von allen Seiten, u.a. haben Mütter und Hebammen eine Petition gestartet. Und der Druck wirkt. Der Gesundheitsminister stellt einen neuen Gesetzesentwurf in Aussicht. „Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion bleiben wir dran und setzen uns dafür ein, dass die Streichung der Hebammen und Entbindungspfleger aus dem Budget zurückgenommen wird“, so Yvonne Magwas.

Wer helfen möchte, hier geht es zur Petition:

https://www.change.org/p/keine-streichung-der-hebammen-aus-dem-pflegebudget-ab-2025-karl-lauterbach?fbclid=IwAR3QaplTiX1-OW5KxSVzByc1TilUJxk5uCN5tHKswBQyXP7PyId4iu5wQnQ

# Junge Unternehmerin aus Treuen im Bundestag: Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

**Der Know-How-Transfer der Wirtschaftsjunioren Deutschland hat im Bundestag stattgefunden. Die Jungunternehmerin Mareen Götz aus dem Vogtland hat Yvonne Magwas eine Sitzungswoche lang bei der Arbeit im Parlament begleitet.**

Die Wirtschaftsjunioren sind Fach- und Führungskräfte aus ganz Deutschland - alle unter 40 Jahre. Einmal im Jahr trifft sich das Netzwerk zum Know-How-Transfer im Deutschen Bundestag, um sich mit der Politik auszutauschen. Yvonne Magwas begrüßte die Jungunternehmerin Mareen Götz von der VOWALON Beschichtungs GmbH in Treuen.

## Wertvoller Dialog mit jungem Mittelstand

„Ich danke Mareen Götz für Teilnahme und Dialog. Projekte wie diese sind wertvoll für den Austausch zwischen Politik und der jungen Generation im Mittelstand. Gerade jetzt in schwierigen Zeiten“, sagt Yvonne Magwas. Das Netzwerk der Wirtschaftsjunioren besteht aus etwa 10.000 Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich innerhalb Deutschlands und der EU wirtschafts- sowie gesellschaftspolitisch engagieren. Der Austausch untereinander, aber auch mit der Politik, spielt dabei eine zentrale Rolle.

*Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas und die Unternehmerin Mareen Götz von der VOWALON Beschichtungs GmbH unterwegs im Parlament*

NEUES AUS BERLIN

# Vogtländischer Musikwinkel kann durchatmen: Vorerst kein Nutzungsverbot von Blei und Nickel

**Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas begrüßt, dass die Überarbeitung der Chemikalienverordnung REACH verschoben wird. Denn das bedeutet vorerst weniger Auflagen und Verbote für die Unternehmen im vogtländischen Musikwinkel.**

Die EU-Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für 2023 veröffentlicht, in dem die geplante Revision der EU-Chemikalienverordnung (REACH) auf das vierte Quartal 2023 verschoben wird. Das bedeutet für die Musikinstrumentenbauer im Vogtland, dass sie vorerst kein Nutzungsverbot von Blei und Nickel in ihren Instrumenten befürchten müssen. Die Stoffe sind unverzichtbar und bisher unersetzbar bei der Herstellung von Qualitätsinstrumenten. Bislang galt für die Branche eine Ausnahmeregelung, sodass Musikinstrumente unter Verwendung von Blei und Nickel hergestellt werden durften. Im Zuge der geplanten Gesetzesänderungen befürchten die Musikinstrumentenhersteller nun ein komplettes Nutzungsverbot dieser Stoffe.

## Dauerhafte Ausnahmeregelung ist Ziel

Yvonne Magwas begrüßt die Verschiebung: „Inmitten der schweren Wirtschafts- und Energiekrise dürfen wir unsere Unternehmen nicht zusätzlich schwächen. Es ist deshalb gut, dass die EU-Kommission besonders belastende Gesetzesvorhaben wie REACH verschieben wird.“ Auch die Ankündigung einer Prüfung der Gesetzgebung im Hinblick auf die europäische Wettbewerbsfähigkeit wertet Yvonne Magwas als positives Signal: „Unsere Initiativen haben gewirkt. Ziel muss eine dauerhafte Ausnahmeregelung für die Musikinstrumentenbranche sein.“

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Nickel und Blei sind wichtige Grundlagen für die Instrumentenherstellung.“*

## Verbraucherschutz wird ernst genommen

Yvonne Magwas hatte im September ein Arbeitsgespräch mit vogtländischen Musikinstrumentenbauern und deren Verbänden sowie mit der Europaabgeordneten Sabine Verheyen organisiert. Im Nachgang wandte sich Yvonne Magwas an Bundesumweltministerin Lemke sowie die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Roth und bat um Unterstützung. Aus diesem Gespräch wurde auch deutlich, dass die Musikinstrumentenbauer die Argumente des Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutzes zu REACH sehr ernst nehmen, liegen ihnen die Gesundheit ihrer eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Kundinnen und Kunden sehr am Herzen. Allerdings werden Nickel und Blei in minimalster Form und nur an bestimmten Teilen des Instrumentes verwendet. Zudem steht die Anzahl der Allergiefälle in keinem Verhältnis zur Anzahl der Musizierenden mit allein 8 Millionen in Deutschland. „Auch dies muss bei zukünftigen Regelungen berücksichtigt werden“, so Yvonne Magwas.

*Europaabgeordnete Sabine Verheyen (unten Mitte) diskutierte mit Yvonne Magwas, Musikinstrumentenbauern aus dem Vogtland sowie deren Verbänden zur REACH-Verordnung*

## Konsultation Anfang 2022

Mit der REACH-Verordnung gibt es in Europa das strengste Regelwerk zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt im Bereich Chemikalien weltweit. Im Rahmen der EU-Chemikalienstrategie hatte die Europäische Kommission im Januar 2022 eine öffentliche Konsultation zur geplanten Überarbeitung der Chemikalienverordnung REACH eröffnet.

NEUES AUS BERLIN

# CDU-Parteitag spricht sich für das Modell eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres aus

**Die CDU sprach sich auf ihrem Bundesparteitag in Hannover für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr aus. Vorangegangen waren intensive Debatten über das Für und Wider sowie die konkrete Ausgestaltung des Vorhabens.**

Viele Menschen bewegen sich nur noch in digitalen und sozialen Echokammern. Für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft ist eine solche Entwicklung alles Andere als positiv. Es braucht aber gerade in herausfordernden Zeiten das Engagement aus der Gesellschaft für die Allgemeinheit. Darüber waren sich die Teilnehmer des CDU-Bundesparteitags im September in Hannover einig. Daher sollte es zukünftig jungen Menschen noch stärker ermöglicht werden, sich konkret und zeitweise für ihr Land und für die Gesellschaft einzubringen. Aus diesem Grund hat sich die CDU nach einer intensiven und sachlichen Debatte für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr ausgesprochen.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Ein Dienst für unsere Gesellschaft ist auch eine Chance für die junge Generation. Es bietet Orientierung, erweitert den Horizont, fördert Sozialkompetenzen und den Zusammenhalt der Gesellschaft.“*

## Vom verpflichtenden Gesellschaftsjahr profitieren alle

Yvonne Magwas hält die Verpflichtung für richtig, u.a. weil bei einer freiwilligen Variante nur ein Bruchteil der jungen Frauen und Männer erreicht werden würden. „Ein Dienst für unsere Gesellschaft ist auch eine Chance für die junge Generation. Es bietet Orientierung, erweitert den Horizont, fördert Sozialkompetenzen und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Von diesen Möglichkeiten sollten alle profitieren“ so Yvonne Magwas.

*Yvonne Magwas auf dem Bundesparteitag der CDU Mitte September in Hannover, auf dem sich die Partei u.a. für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr aussprach. Hier mit EAK-Vorsitzendem Thomas Rachel MdB.*

## Flexible Ausgestaltung des Dienstes

Wo die jungen Menschen den Dienst absolvieren, sollte flexibel ausgelegt werden. Denkbar sind soziale Einrichtungen, Krankenhäuser, die Bundeswehr, der Zivilschutz, das THW, die Feuerwehr, anerkannte Hilfsorganisationen im Ausland, Einrichtungen des Sports und der Kultur sowie Natur- und Umweltschutzverbände. Neben der ideellen Anerkennung des Dienstes ist selbstverständlich auch eine Entlohnung vorgesehen. Diese soll durch ein attraktives Dienstgeld den jungen Menschen zu Gute kommen.

## Einsatz nach der Schule

In der Regel sollte das Gesellschaftsjahr unmittelbar nach dem Schulabschluss absolviert werden. Dazu soll eine Rechtspflicht mit Vollendung des 18. Lebensjahrs eingeführt werden, wobei auch ein früheres Absolvieren ermöglicht wird. Die Einführung einer Pflicht ist insgesamt zumutbar, weil Frieden und Freiheit von innen und von außen zunehmend gefährdet sind. Seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 gibt es zwar verschiedene Möglichkeiten für junge Menschen, sich gesellschaftlich zu engagieren, allerdings fehlt ein allgemeines Konzept. Dieses könnte nun auf der noch bestehenden verfassungsrechtlichen Grundlage für eine Dienstzeit wieder aufgebaut werden.

NEUES AUS BERLIN

# Offener Brief an Außenministerin Baerbock: Politikerinnen der Union fordern beim Iran zum Handeln auf

**Nach dem Tod von Mahsa Amini durch die Sittenpolizei steht der Iran am Scheideweg. Mutige Demonstranten gehen auf die Straße und dringen auf Reformen. CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete fordern Außenministerin Baerbock auf, nicht wegzusehen.**

Ausgang der Situation im Iran war die Festnahme einer jungen Frauen durch die sogenannte Sittenpolizei, weil diese ihr Kopftuch nicht korrekt in der Öffentlichkeit getragen habe. Nur Stunden nach ihrer Festnahme musste sie in ein Krankenhaus gebracht werden, in dem sie später verstarb. Dies löste teils gewaltsame Proteste mit über hundert Toten im Iran aus. Weite Teile der Bevölkerung lehnen die immer repressiveren Maßnahmen des Regimes ab.

*Vertreterinnen der iranischen Exilanten bei einer Diskussion mit der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

## Späte Reaktion der Bundesministerin

Außenministerin Annalena Baerbock zeigte erst nach vier Tagen eine Reaktion auf den Tod Aminis. Zu diesem Zeitpunkt waren die Proteste vor Ort schon in vollem Gange. Gleichzeitig werden die finanziellen Mittel für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die explizit für Geschlechtergerechtigkeit eingesetzt werden sollten, künftig gekürzt. Angetreten war Baerbock mit dem Vorsatz, eine feministische Außenpolitik zu gestalten.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Durch Diskussionsrunden im Auswärtigen Amt alleine, wird sich die Lage für keine Frau verbessern.“*

## Kürzungen im Haushalt zurücknehmen

Die Abgeordneten der Union sehen akuten Handlungsbedarf von Ländern wie Deutschland bezüglich der aktuellen Entwicklungen im Iran. „Es darf nicht bei feministischen Diskussionsrunden im Auswärtigen Amt bleiben, denn dadurch allein ändert sich nichts“, so Yvonne Magwas, die als eine von 19 Unions-Politikerinnen einen Brief an Baerbock unterzeichnet hatte. So solle sich die Außenministerin umgehend dafür einsetzen, dass die Kürzungen im Haushalt rückgängig gemacht werden. Diese passten weder zum Koalitionsvertrag, noch zu dem Versprechen einer feministischen Außenpolitik. „Symbolpolitik ist zweifelsohne wichtig bei der Auseinandersetzung mit Unterdrückung, aber den Worten müssen auch Taten folgen“, so Yvonne Magwas. In zahlreichen Ländern der Erde werden Frauenrechte mit Füßen getreten. Dies geschieht u.a. durch fehlenden Zugang zu Bildung und dem damit einhergehenden Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben. Im Krieg wird Gewalt gegen Frauen auf perfideste Art und Weise als Waffe eingesetzt. Diese strukturellen Probleme gilt es zu lösen.

## Union engagiert sich für Iranerinnen

In einem Antrag unterstrich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Forderungen nach Ausweitung von Mitteln zur Unterstützung der Protestbewegung. Flagge zeigten die Abgeordneten auch bei einer Demonstration am Brandenburger Tor. Zudem veranstalte die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Gesprächsrunde mit Vertreterinnen und Vertretern der iranischen Gemeinde und dem Dachverband der Migrantinnen. „Der Austausch ist wichtig und hilfreich für weitere politische Entscheidungen“, so Yvonne Magwas. Im November findet eine weitere Gesprächsrunde statt.

NEUES AUS BERLIN

# Yvonne Magwas präsentiert Lebensmittel aus dem Vogtland: Union veranstaltet Nachhaltigkeits-Aktion

**Für die Nachhaltigkeits-Aktion „Regionaler Tisch" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Yvonne Magwas aus dem Vogtland leckere Lebensmittel nach Berlin gebracht.**

Anlässlich der Nachhaltigkeitsdebatte im Deutschen Bundestag hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dazu aufgerufen, mehr regionale Lebensmittel aufzutischen. In einer Aktion brachten Abgeordnete der Union Spezialitäten aus ihren Wahlkreisen nach Berlin. Yvonne Magwas brachte leckere Kekse, Weltraumbrot der Bäckerei Schürer in Morgenröhte-Rautenkranz und Wurst der Fleischerei Schneider in Treuen.

*Yvonne Magwas mit Spezialitäten aus dem Vogtland bei der Nachhaltigkeitsaktion „Runder Tisch" im Deutschen Bundestag*

## Die Wertschöpfung bleibt vor Ort

„Regionale Lebensmittel gehören mehr denn je auf den Tisch. Die Wertschöpfung bleibt vor Ort bei unseren Landwirten und den verarbeitenden Betrieben, Umwelt und Klima werden durch kurzes Wege geschont. Lebensmittel aus regionaler Produktion prägen zudem das Gesicht unserer Heimat als lebenswerte Orte mit", so Yvonne Magwas. Die Union forderte in diesem Zusammenhang den Bundeslandwirtschaftsminister auf, mehr für das Thema regionale Lebensmittel zu tun.

# "Handy-Jahre einer Kanzlerin": Medienpreis des Deutschen Bundestages verliehen

**Der Medienpreis Parlament 2022 des Deutschen Bundestages ging dieses Jahr an Journalistinnen der Süddeutschen Zeitung für einen Beitrag über die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel.**

„Uns allen ist das Bild der SMS-tippenden Kanzlerin noch gut vor Augen. Man kann sagen: Sie hat mit ihrem Handy Weltpolitik gemacht", so Yvonne Magwas,

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Starke, unabhängige Medien sind konstitutiv für unsere Demokratie."*

die an der Verleihung des Medienpreises Parlament 2022 des Deutschen Bundestages teilgenommen hatte. Die Autorinnen der Süddeutschen Zeitung Karoline Meta Beisel, Constanze von Bullion, Lara Fritzsche und Nicola Meier haben nicht nur ein höchst relevantes Thema ausgesucht, sondern den Artikel auch sprachlich überzeugend verfasst.

## Guter Journalismus verdient Anerkennung

Yvonne Magwas findet die Anerkennung guter Journalistinnen und Journalisten sehr wichtig. „Denn: Starke, unabhängige Medien sind für unsere Demokratie äußerst wertvoll. Mit Hintergründen und Erklärungen helfen sie dabei, komplexe Themen zu verstehen und einzuordnen. Gegen Hass und Hetze setzen sie Meinungsvielfalt und seriöse Sachberichterstattung", so Yvonne Magwas.

Der Medienpreis des Deutschen Bundestages wird seit 1993 vergeben. Damit werden herausragende publizistische Arbeiten gewürdigt, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus beitragen.

NEUES AUS BERLIN

# Besuch aus dem Vogtland

**Auf Einladung von Yvonne Magwas besuchten im September und Oktober wieder zahlreiche Vogtländerinnen und Vogtländer das politische Berlin und informierten sich über den Deutschen Bundestag sowie die Arbeit ihrer Abgeordneten.**

Im Oktober besuchten rund 40 Vogtländerinnen und Vogtländer die Bundeshauptstadt. Zum Programm des dreitägigen Aufenthalts gehörten neben dem Besuch des Bundestages u.a. auch der Besuch des Stasi-Museums sowie der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und eine Stadtrundfahrt.

Zehn Mitglieder des Bildungswerkes Sächsische Wirtschaft besuchten im Oktober den Deutschen Bundestag. Im Gespräch mit der Abgeordneten ging es u.a. um den Fachkräftemangel im Bildungsbereich.

Vom Sächsischen Verband für Jugendarbeit und Jugendweihe e. V. besuchten rund 30 Jugendliche ihre Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Neben der Teilnahme an einer Plenarsitzung und einer Diskussion mit Yvonne Magwas besichtigten die Gäste auch die Kuppel des Reichstagsgebäudes.

Rund 40 Schülerinnen und Schüler der Adolph-Kolping Schule aus Plauen besuchten das politische Berlin im September. Die Jugendlichen besichtigten während der zweitägigen Reise u.a. die Gedenkstätte Berliner Mauer, unternahmen eine Schifffahrt und kamen mit ihrer Abgeordneten ins Gespräch. Themen waren u.a. die Energiekrise und der ländliche Raum.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

# Wichtige Gespräche: Energie-Krise bereitet im Vogtland erhebliche Sorgen

**Die wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine spürt auch das Vogtland. Yvonne Magwas steht vielfältig im Austausch.**

In den letzten Wochen und Monaten führte Vizepräsidentin Yonne Magwas zahlreiche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, besuchte Unternehmen im Vogtland. Sie alle eint die Sorge um die aktuelle Lage auf dem Energiemarkt.

## Video-Konferenz mit Bundeswirtschaftsministerium und heimischer Wirtschaft

Die Hilferufe aus der vogtländischen Wirtschaft sind laut. Als Wahlkreisabgeordnete ist es Yvonne Magwas wichtig, dass diese in Berlin ankommen. Deshalb brachte sie Betriebe und Kammervertreter aus dem Vogtland mit der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz zusammen. In dem Gespräch konnten die Vogtländerinnen und Vogtländer Dr. Franziska Brantner MdB (Grüne) ihre Problemlagen schildern. „Gerade für viele kleine und mittelständischen Betriebe ist die hohe Preisentwicklung kaum zu handhaben. Deshalb haben wir als Union von Beginn an gefordert, dass der Staat regulierend in den Markt eingreift und eine Preisdeckelung einführt. Zusätzlich braucht es gezielte Hilfsprogramme“, erklärt Yvonne Magwas.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Als Union haben wir von Beginn an eine Preisdeckelung gefordert. Die Ampel hätte schneller handeln müssen.“*

## Unternehmertour mit IHK im Vogtland

Gemeinsam mit der IHK Chemnitz Regionalkammer Plauen besuchte die CDU-Politikerin jüngst Mittelständler unterschiedlicher Branchen in ihrer Heimat. „Die Lage für unsere Betriebe ist ernst. Versorgungssicherheit und bezahlbare Energie sind die Hauptthemen. Die Ampel-Regierung verunsicherte zusätzlich mit der Gasumlage und dem Zaudern um die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke. Die kleinen und mittelständischen Betriebe sind der Motor unserer Wirtschaft, Grundlage für den Wohlstand unseres Landes. Sie brauchen mehr Unterstützung, Entlastungen und Planbarkeit“, fordert die Vizepräsidentin.

*Unternehmer-Tour: Gemeinsam mit dem Regional-Präsidenten der IHK Hagen Sczepanski (li.) besuchte Yvonne Magwas u.a. die Vowalon GmbH in Treuen*

## Alarmstufe Brot: Austausch mit vogtländischen Bäckern und Konditoren

Sie verkaufen täglich das kleine Glück: Die Bäcker und ihr Handwerk gehören zur Kultur Deutschlands. Die steigenden Energie- und Rohstoffpreise stellen sie vor massive Herausforderungen. Deshalb besuchte Yvonne Magwas mehrere Backstuben und sprach mit Bäckern und Konditoren, hörte ihre Sorgen, sagte Unterstützung zu. Auf Anregung der Abgeordneten wird die Aktion „Alarmstufe Brot“ mit Unterschriften der Kundinnen und Kunden untermauert. Diese wird gerade zu einer Petition ausgebaut. „Während die Ampel-Regierung industrielle Produzenten von Dauerbackwaren durch das Energiekostendämpfungsprogramm entlastet, sind die kleinen Handwerksbetriebe im Stich gelassen. Hier sind zeitnahe Entlastungen dringend geboten. Dies habe ich auch Bundeswirtschaftsminister Habeck in einem offiziellen Brief deutlich gemacht“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

# Unterstützung für Mittelstand und private Haushalte: 72,1 Millionen Euro KfW-Fördermittel fließen ins Vogtland

**Im ersten Förderhalbjahr 2022 entschied die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 460 Anträge aus dem Vogtland positiv.**

Die erste Hälfte des Förderjahres 2022 ist u.a. geprägt von den Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Die KfW unterstützt die deutsche Wirtschaft, stellte bis Ende Juni mehr als 30 Mrd. Euro zur Sicherung der Energieversorgung zur Verfügung. Beim Thema Energieeffizienz und erneuerbare Energien ist im Vogtland vor allem das Förderprogramm „Gewerbliche Ladeinfrastruktur“ gefragt. Insgesamt 140 Unternehmen beantragten einen Zuschuss für den Erwerb und die Errichtung von Ladeinfrastruktur für E-Autos. 26 Mio. Euro gab es als Kredit für den Neubau oder die Sanierung von energieeffizienten Gebäuden. Insgesamt flossen 61 Millionen Euro in die vogtländische Wirtschaft. „Die Situation ist bei den Unternehmen und Betrieben aufgrund der aktuellen Umstände äußerst angespannt. Umso wichtiger sind die Unterstützungsprogramme und Investitionszuschüsse. Damit leistet die KfW-Bank einen wichtigen Beitrag, um den Mittelstand bei uns in der Region zu stärken und bei den aktuellen Herausforderungen zu unterstützen“, sagt Yvonne Magwas.

## Vogtländer bauen zukunftsweisend

230 Familien aus dem Vogtland investierten in die eigenen vier Wände. Dies bezuschusste die Förderbank mit 11 Mio. Euro. Beispielsweise vergab sie 5,1 Mio. Euro im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG Wohngebäude), somit konnten 64 Familien ihr Haus oder ihre Wohnung energieeffizient sanieren. 74 Familien profitierten von den Zuschüssen im Rahmen des leider durch die Ampel gestoppten Baukindergeldes.

# Gesicht zeigen: Plauen demonstriert gegen rechtsextremistische Gruppierungen

**Die Bürgerinnen und Bürger aus Plauen und dem Landkreis demonstrierten für ein demokratisches und buntes Vogtland. Anlass: Gleich zwei Kundgebungen rechtsextremistischer Gruppierungen in der Spitzenstadt.**

Die rechtsextreme Kleinstpartei „III. Weg“ zog am 2. Oktober durch Plauen, um demokratie- und menschenfeindliches Gedankengut zu verbreiten. Die Route führte vom Oberen Bahnhof zum Wartburgplatz. Dort zeigten die Anwohner gemeinsam mit dem „Bündnis für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage“ sowie vielen weiteren Menschen, dass das Vogtland bunt und weltoffen ist.

## Demo gegen Aufzug der Freien Sachsen

Zum Tag der Deutschen Einheit liefen weitere Anhänger einer rechtsextremen Gruppierung in Plauen auf. Auch gegen die „Freien Sachsen“ organisierte das Bündnis eine Gegendemo. „Antidemokratische Kräfte

*Platz nicht den Neonazis überlassen: Anwohner und Unterstützer demonstrierten gegen den Aufmarsch des „III. Weg“*

haben bei uns keinen Platz“, dankte Yvonne Magwas allen für ihren Einsatz gegen Rechts. Das Landratsamt und das Plauener Rathaus setzten an diesen Tagen ebenso ein Zeichen mit der Kunstausstellung „The Tolerance Project“.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

# Evelyn Zupke im Vogtland: SED-Opferbeauftragte würdigt Plauens Beitrag zur Friedlichen Revolution

**Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur besuchte am 4. Oktober die Spitzenstadt.**

In der historisch bedeutsamen Woche vom 3. und 7. Oktober folgte Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag, der Einladung von Vizepräsidentin Yvonne Magwas ins Vogtland. Auf der Agenda standen ein Schulgespräch, der Besuch der „Blackbox“ zum Thema Jugendwerkhöfe in der DDR, ein Austausch mit Opfern des SED-Regimes sowie die Bewerbung Plauen/Leipzig um das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“.

## Gespräch zum Zukunftszentrum

Bei einem gemeinsamen Treffen stellten Plauens Oberbürgermeister Steffen Zenner und CDU-Fraktions- und Stadtverbandsvorsitzender Jörg Schmidt der SED-Opferbeauftragten das Konzept für das geplante Zukunftszentrum vor.

*OB Steffen Zenner wirbt für die Spitzenstadt: Besonders der Wissenschafts- und Forschungsteil des Zukunftszentrums wäre eine große Chance für Plauen und das Vogtland*

„Mit der ersten Großdemonstration in der DDR, am 7. Oktober 1989, hat Plauen einen wesentlichen Beitrag zur Friedlichen Revolution und Deutschen Einheit geleistet. Es ist aus meiner Sicht nur folgerichtig, dass Plauen gemeinsam mit Leipzig seinen Hut in den Ring

*Denkmal der Friedlichen Revolution in der Spitzenstadt: Künstler Peter Luban (re.) erläutert die Symbolhaftigkeit der Kerze im Bronzemantel. Sie stehe für die friedlichen Proteste und den gewaltlosen Widerstand im Herbst 1989.*

wirft für das „Zukunftszentrum Europäische Transformation und Deutsche Einheit“. Als SED-Opferbeauftragte bin ich in der Kandidaten-Frage natürlich unparteiisch und freue mich über jede Stadt, die für sich wirbt. Der Bezug zur Friedlichen Revolution wie ihn Plauen aufweist, ist etwas, was mich persönlich anspricht. Der Deutschen Einheit gingen schließlich die Friedliche Revolution und jahrzehntelanger Widerstand voraus. Es waren mutige Menschen in der DDR und ebenso auch in weiteren osteuropäischen Ländern, die die Freiheit erkämpft haben. Vor der Einheit kam die Freiheit, wie Joachim Gauck es einmal ausgedrückt hat“, so Evelyn Zupke.

## Austausch mit Opfern des SED-Regimes und Akteuren der Friedlichen Revolution

Nachdem die Stasi-Unterlagenbehörde Teil des Bundesarchivs wurde, hat der Deutsche Bundestag 2021 das Amt der SED-Opferbeauftragten neu geschaffen. Evelyn Zupke will den Opfern eine Stimme geben. Sie hat selbst erlebt, wie erbarmungslos das DDR-System sein konnte.

*Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite. ›*

Deshalb brachte Yvonne Magwas sie bei ihrem Besuch mit Akteuren der Friedlichen Revolution und Opfern des SED-Systems aus dem Vogtland zusammen.

> **YVONNE MAGWAS:**
>
> *„Aufklärung und Aufarbeitung sind auch nach über 30 Jahren Friedliche Revolution und Deutsche Einheit noch erforderlich.“*

Bei dem intensiven und emotionalen Austausch ging es neben persönlichen Schicksalen u.a. um den Bundeshärtefallfond, bessere Entschädigung bei Zwangsaussiedlungen und die Erhöhung der Opferrente. „Aufklärung und Aufarbeitung sind auch nach über 30 Jahren Friedliche Revolution und Deutsche Einheit erforderlich. Gerade bei uns im Vogtland ist die Zahl der Menschen, die Opfer von staatlicher Repression wurden, besonders hoch. Viele kämpfen seit Jahren um Gerechtigkeit und Entschädigung, leiden bis heute unter den Folgen von damals“, erklärte die vogtländische Bundestagsabgeordnete.

## Schülergespräch an Plauener Oberschule

Bei dem Besuch der Plauener Dittes-Oberschule erzählte Evelyn Zupke den Mädchen und Jungen der 10. Klasse aus ihrem Leben als DDR-Bürgerrechtlerin. Sie berichtete von ihren Anfängen als „sozialistisches Musterkind", wie sie als Jugendliche nach und nach die Widersprüche des Systems erkannte und schließlich zur Oppositionellen wurde. „Durch die Gesprächsrunde mit Evelyn Zupke als Zeitzeugin wurde die DDR für die Schülerinnen und Schüler greifbarer. Die Klasse war sehr interessiert, stellte viele Fragen. Es ist wichtig, dass das DDR-Unrecht in Erinnerung bleibt und wir daraus als Gesellschaft unsere Lehren ziehen“, so Yvonne Magwas.

*Unterricht mit Zeitzeugin: Die Schülerinnen und Schüler der Dittes-Oberschule hörten gespannt Evelyn Zupke zu, waren interessiert und stellten viele Fragen*

## Aufarbeitung Jugendwerkhöfe im Vogtland

Knapp 30 Jugendwerkhöfe zur „Umerziehung“ von „schwierigen“ Jugendlichen gab es in der DDR. Gemeinsam mit der SED-Opferbeauftragten besuchte Yvonne Magwas auf dem Plauener Theaterplatz die „Blackbox“ - ein interaktiver Lernort zur repressiven DDR-Heimerziehung.

> **YVONNE MAGWAS:**
>
> *„DDR-Unrecht muss in Erinnerung bleiben, damit wir als Gesellschaft daraus unsere Lehren ziehen können.“*

Mit Dr. Christian Gaubert, Projektmitarbeiter der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, sprachen sie über den Jungendwerkhof „Schloß Voigtsberg“ Oelsnitz und das Spezialkinderheim „Friedenswacht“ Triebel. „Das Kapitel um die DDR-Jugendwerkhöfe benötigt mehr Aufarbeitung, auch bei uns im Vogtland. Mit den damaligen Geschehnissen in Oelsnitz und Triebel wird sich zu wenig auseinandergesetzt. Danke an den Colorido e.V, der die Wanderausstellung zu uns ins Vogtland brachte und damit für dieses Thema sensibilisiert", so Yvonne Magwas.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

# Mitmachen. Mitmischen. „Schau auf Demokratie“ feiert in Plauen Premiere

**Unter der Schirmherrschaft von Yvonne Magwas fand erstmalig die „Schau auf Demokratie“ in Plauen statt - passend zum Internationalen Tag der Demokratie am 15. September.**

Demokratie lebt vom täglichen Engagement, Mitmachen, Mitmischen. Doch wo und wie kann ich mich einbringen? Wer vertritt meine Interessen? Einen Einblick gab es für über 700 Schülerinnen und Schüler auf der „Schau auf Demokratie“ - initiiert von der edmedien gmbh und dem Kreisschülerrat Vogtland.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Jede junge Generation ist wieder Wächter und im besten Falle Macher der Demokratie.“*

## Messebetrieb und Workshop-Angebote

16 Vereine, Organisationen und Projekte präsentierten sich auf der Bildungsmesse in der Plauener Festhalle. Darunter KARO e.V, Colorido e.V, Bündnis für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage im Vogtland sowie die Polizeiliche Prävention Sachsen. „Als Schirmherrin des Veranstaltungstages macht es mich stolz, dass so viele junge Leute vor Ort waren, Workshops zu Demokratie-Themen besucht haben und mit verschiedenen Vereinen und Verbänden ins Gespräch kamen. Jede junge Generation ist wieder Wächter und im besten Falle Macher der Demokratie“, lobt Vizepräsidentin Yvonne Magwas.

## Bundestag auf Rädern

Als Teil des Messeangebots war der Deutsche Bundestag vertreten. In seinem 17 Meter langen, 26 Tonnen schweren Infomobil erfuhren die Besucher wie unsere parlamentarische Demokratie funktioniert, erhielten Informationen über die Arbeit des Bundestages und seiner Mitglieder. Zudem bot Yvonne Magwas eine Bürgersprechstunde an: „Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, vielen Menschen einen Zugang zu Wissen und Demokratie zu ermöglichen. Umso mehr freue ich mich, dass das Infomobil meiner Einladung ins Vogtland gefolgt ist und ein Teil der ‚Schau auf Demokratie‘ war.“

*Gelungene Premiere: Schirmherrin Yvonne Magwas mit den Initiatoren Kevin Meinel (Mitte) von der edmedien gmbh und Louis Müller (re.), Vorstandsvorsitzender des Kreisschülerrat Vogtland*

## Politische Öffentlichkeit im Wandel

Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema: „Politische Öffentlichkeit im Wandel! Wie meistern wir demokratische Herausforderungen im Digitalen Zeitalter?“. Darüber diskutierte Yvonne Magwas gemeinsam mit Ronald Becker, Bildungsreferent im Projekt spreu x weizen, Sascha Aurich, stellv. Chefredakteur Digitales Freie Presse, Karsten Kroll, Geschäftsführer bp bauplanung plauen gmbh und Lutz Mache, Public Policy and Government Relations Manager Google. „Desinformationskampagnen und Fake News haben das Potenzial, die Akzeptanz unserer Demokratie zu schwächen und die Gesellschaft zu spalten. Da müssen wir gegenhalten, z.B. durch staatliche Kooperation und Kommunikation mit den Internet-Plattformen, mit verschärfter Gesetzgebung bei Beleidigungen, Volksverhetzung oder öffentlichen Aufrufen zu Straftaten. Medien müssen sich ihrer Verantwortung noch bewusster werden, u.a. deutlich zwischen Bericht und Kommentar trennen. Zudem bin ich für eine Stärkung der Medien- und Nachrichtenkompetenzen, z.B. durch ein eigenes Schulfach“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

# Reservisten setzen Zeichen: Vier-Länder-Marsch entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze

**Unter der Schirmherrschaft von Vizepräsidentin Yvonne Magwas fand im Oktober der Vier-Länder-Marsch der Reservisten statt.**

Bei der Siebten Auflage des Vier-Länder-Marsches nahmen 60 Reservisten aus nahezu allen Bundesländern teil. Distanzen von 21 und 42 Kilometern mussten auf dem ehemaligen Kolonnenweg der Grenztruppen von Ebmath nach Mödlareuth bewältigt werden - heute ein Teil des Grünen Bandes. Yvonne Magwas übernahm die Schirmherrschaft. „Der Marsch steht als Symbol für die Friedliche Revolution und für das Zusammenwachsen der über 40 Jahre getrennten vogtländischen Regionen. Danke an die Reservistenkameradschaft Oelsnitz/Vogtland, die Reservistenkameradschaft Hof und die Bergwacht Schöneck für die Organisation“, so die vogtländische Bundestagsabgeordnete bei der Siegerehrung in Mödlareuth, „nur eine wehrhafte Demokratie kann dauerhaft existieren. Die Reservistinnen und Reservisten stehen bereit, unsere Sicherheit und Freiheit sowie unsere Werte und den Staat zu verteidigen.“ Bundesweit gibt es 115.000 Reservistinnen und Reservisten - davon 1.700 im Freistaat Sachsen.

*Siegesehrung am Deutsch-Deutschen Museum in Mödlareuth*

# Schüler haken nach: Diskussionsrunde im Rodewischer Gymnasium

**Im Johann-Heinrich-Pestalozzi Gymnasium in Rodewisch gestaltete Yvonne Magwas Mitte Oktober eine Unterrichtsstunde.**

Warum gibt es eine Vizepräsidentin? Was sind ihre Aufgaben? Wie funktioniert und arbeitet der Deutsche Bundestag? Yvonne Magwas sprach mit den Schülerinnen und Schülern der zehnten Klasse über ihr Amt als Vizepräsidentin und diskutierte mit ihnen über aktuelle Themen, u.a. das von der Union geplante Gesellschaftsjahr, den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine oder das 49-Euro-Ticket. „Die Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse waren sehr an den aktuellen Ereignissen in Europa und Deutschland interessiert, haben ihre Standpunkte klar und gut vertreten. Es ist wichtig, dass sie politisch sind, sich einmischen und eine eigene Meinung haben. Sie sind die Zukunft unseres Landes“, lobt Yvonne Magwas.

*Einladung nach Berlin: Yvonne Magwas bot den Schülerinnen und Schülern einen Folgetermin im Deutschen Bundestag an*

SOZIALE MEDIEN

## @ Facebook | @ Twitter | @ Instagram

**27. September 2022:**
„Der Friedensnobelpreisträger und frühere polnische Präsident Lech Wałęsa war in den 1980er Jahren der Anführer und das Symbol der Opposition in unserem Nachbarland. Er hat damit auch der Friedlichen Revolution in Ostdeutschland maßgeblich den Weg bereitet. Ebenso ist er ein Kritiker der durch die polnische Regierungspartei PiS betriebene Justizreform und damit ein Verfechter der Gewaltenteilung.“

**7. Oktober 2022:**
„Hochwertig und Made in Germany! Das vogtländische Unternehmen Seidel Moden in Schreiersgrün produziert ausschließlich in Deutschland. Darauf legt der Familienbetrieb großen Wert. Gut so! Das ermöglicht kurze Handelswege und schafft Arbeitsplätze vor Ort. Danke an Geschäftsführer Axel Seidel für den Einblick. Wir sprachen u.a. über die Ideen und Zukunftsperspektiven des Unternehmens, aber auch über die aktuellen Herausforderungen.“

**17. Oktober 2022:**
„Die aktuellen Herausforderungen machen auch vor den #Vereinen nicht halt. Gemeinsam mit dem Geschäftsführer des Kreissportbundes Vogtland e.V. Michael Degenkolb und Jan Rodewald, Vogtlandkreis Sachgebiet Sport, sprachen wir u.a. über die aktuelle Energiekrise, die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, strukturelle Probleme und den Sanierungsstau der Sportstätten.“

VOR ORT

## Yvonne Magwas unterwegs

**In den Nichtsitzungswochen des Bundestages bin ich im Vogtland unterwegs, um mit den Menschen vor Ort zu sprechen. In den vergangenen Wochen war ich u.a. bei folgenden Terminen im Vogtland:**

- Firmenbesuch Sicherheitsglastechnik Oelsnitz
- Eröffnung "Carlis Kaffeerösterei" in Rodewisch
- Tag der offenen Wache zur Neueröffnung der DRK Rettungswache Reichenbach
- Gespräch mit dem Seniorenbeirat Vogtlandkreis
- Besuch Bäckerei Günnel in Rothenkirchen
- Spatenstich Freibad Bad Brambach
- Gespräch mit Caritasverband Vogtland e.V. und der Diakonie Auerbach e.V.
- Firmenbesuch Werner Chr. Schmidt Markneukirchen
- Besuch Wohnungsbaugesellschaft Bad Elster
- Podiumsdiskussion der Evangelischen und Katholischen Akademie Sachsen in Plauen

PERSÖNLICH

## Bürgersprechstunde

Ich freue mich darauf, Sie persönlich zu treffen.
**Meine nächste Bürgersprechstunde findet am**

### 9. Dezember 2022

**von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr**
**in meinem Auerbacher Wahlkreisbüro statt.**
Um Wartezeiten zu vermeiden, vereinbaren Sie bitte im Vorfeld einen Termin unter **03744 3649828** oder unter **yvonne.magwas.ma06@bundestag.de.**
Individuelle Termine sind bei dringenden Angelegenheiten selbstverständlich möglich.

**IMPRESSUM**

**Yvonne Magwas MdB**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
**Telefon:** 030 22775637 · **Fax:** 030 22776639
**E-Mail:** yvonne.magwas@bundestag.de
**www.magwas.de**

**Bild-und Quellen-Nachweise:**
S.1: Tobias Koch, Christiane Lang; S.2/3: Tobias Koch; S.6: Liesa Johannssen/photothek.de; S.8: Michael Wittig; S.9: CDU/CSU-Bundestagsfraktion; S.13: Michael Wittig; S.14: Martina Eerme; S.15: Bundesregierung/StadtLandMensch Fotografie; S.16: David Rötzschke; S.21: Reservistenkameradschaft Oelsnitz/Vogtland

CDU